



Fraktion im Stadtrat Trier



Kontakt: Frau Dr. Darja Henseler, Stadtratsmitglied
E-Mail: Darja.Henseler@Piraten-Trier.de

Herr
Oberbürgermeister
Klaus Jensen

Trier, den 06.10.2014

Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke sowie dem Ratsmitglied Dr. Darja Henseler (Piratin) für die Stadtratssitzung am 13.10.2014

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat fasst den Grundsatzbeschluss die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung in Trier einzuführen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit Wirkung zum 1.4.2015 einen Antrag beim zuständigen Ministerium für Inneres des Landes RLP zu stellen, um die Aufgabe der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung zu übernehmen und die Verkehrssicherheit in Trier zu erhöhen.
3. Die Verwaltung legt dem zuständigen Dezernatsausschuss bis Januar 2015 das für den Antrag notwendige Umsetzungskonzept (siehe Vorlage 163/2013) zur Kenntnis vor.
4. Die Verwaltung ist dabei gehalten, bei der Umsetzung den unter Punkt 6 in der Vorlage 163/2013 aufgezeigten Weg zu verfolgen.
5. Die notwendigen finanziellen Aufwendungen für Ausstattung, Personal und Räumlichkeiten sind gemäß 163/2013 von der Verwaltung für den kommenden Doppelhaushalt 2015/2016 einzuplanen.
6. Dem Steuerungsausschuss und dem Dezernatsausschuss III wird jährlich in einem Erfahrungsbericht die Bilanz präsentiert.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass immer mehr Autofahrerinnen und Autofahrer die maximale Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet, insbesondere in Wohngebieten, nicht einhalten. Deshalb die vermehrte Forderung aus der Bevölkerung nach intensiveren Geschwindigkeitskontrollen.

Geschwindigkeitsüberwachung setzen einige mit Abzocke gleich. Dem zu entgegen ist, dass alle VerkehrsteilnehmerInnen die freie Wahl haben, ob sie sich an die Regeln halten oder bewusst das Risiko eingehen, eine kostenpflichtige Verwarnung zu kassieren. Es ist vorgeschrieben, dass von der Kommune durchgeführte Geschwindigkeitskontrollen mit der Polizei abzustimmen sind und insbesondere an Gefahren- und Unfallschwerpunkten durchgeführt werden sollen, mit dem Ziel, die Unfallrate zu reduzieren, um Leben zu retten und Menschen vor Gefahren durch Raser zu schützen. Kurzum: Die Verkehrssicherheit insgesamt soll erhöht werden. Ein Ziel, bei dem sicherlich alle Fraktionen/Parteien Einigkeit erzielen. Wegen der hohen Verantwortung und einem sensiblen Vorgehen bei Kontrollen, sehen wir es als hoheitliche Aufgabe der Kommunen an und halten die Durchführung durch Private als äußerst problematisch.

Warum gibt es immer mehr Kommunen in Rheinland-Pfalz, die die Aufgabe der Geschwindigkeitsüberwachung kommunal übernehmen wollen? Der Grund liegt vor allem in der ständigen Nachfrage aus der Bevölkerung, dass Kontrollen wegen ihrer Wirksamkeit nicht nur einmalig, sondern häufiger durchzuführen sind. (Siehe auch www.trier-mitgestalten.de). Insbesondere vor Kitas, Schulen oder in Wohngebieten könnten durch die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung verstärkt Kontrollen stattfinden. Besonders in den Abendstunden und nachts, in denen der Anteil an Rasern deutlich ansteigt, könnte eine wirksame Lärmreduzierung durch wirksame Kontrollen erfolgen, die wiederum für mehr Lebensqualität sorgt.

Häufig wird die Finanzsituation vorgeschoben, um die Aufgabe der Geschwindigkeitsüberwachung als Kommune nicht übernehmen zu müssen. Dem ist zu entgegen, dass nur so lange hohe Einnahmen erzielt werden, wie es Menschen gibt, die frei entscheiden, dass eigene und das Leben anderer aufgrund ihres verantwortungslosen Verhaltens zu gefährden. Der Bedarf an Kontrollen scheint in den Städten in Rheinland-Pfalz, wie Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Mainz, ungebrochen. Dies belegt der Überschuss, der bei fast allen Kommunen erzielt wird. Ein Gewinn darf kein Ziel von Verkehrsüberwachung sein, keine Frage. Vielmehr muss ein Bußgeld als Warnung dienen, um mit Nachdruck den Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung erkennbar zu machen. In diesem Sinne müssen die Mehreinnahmen für uns als Rat der Stadt Trier auch als Selbstverpflichtung für Maßnahmen der Verkehrssicherheit wieder investiert werden. Straßensanierungen, Fahrbahnverengungen, Ausbau von Rad- und Fußwegen sowie weitere Maßnahmen sind hier denkbar, die dem Verkehrsnetz in Trier dringend gut tun würden und somit auch allen VerkehrsteilnehmerInnen zu Gute kämen.

Wir sehen die Zeit als reif an, sich als Stadtrat nicht weiter an dem „Schwarzen Peterspiel“ mit Forderungen an das Land oder den Bund zu begnügen, sondern das Heft selbst in die Hand nehmen, um die Verkehrssicherheit im Stadtgebiet zu erhöhen. In diesem Sinne setzen wir auf eine Mehrheit der Vernunft für sichere Straßen, mehr Lebensqualität und weniger Unfälle. Die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung wird zudem insgesamt zu einem besseren Verkehrsfluss in der Stadt führen.

gez.

Sven Teuber
SPD

gez.

Anja Reinermann-Matatko
Bündnis 90/Die Grünen

gez.

Marc-Bernhard Gleißner
Die Linke

gez.

Dr. Darja Henseler
Piratenpartei